

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Florian Siekmann

Abg. Ulrich Singer

Abg. Petra Högl

Abg. Markus Plenk

Abg. Kerstin Celina

Abg. Gabi Schmidt

Abg. Raimund Swoboda

Abg. Doris Rauscher

Abg. Sebastian Körber

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Ich rufe nun den **Tagesordnungspunkt 14** auf:

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tessa Ganserer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Förderung von Kinderwunschbehandlungen auch für Regenbogenfamilien  
(Drs. 18/15937)**

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erster Redner ist der Kollege Florian Siekmann von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Florian Siekmann (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Was ist Familie? – Familie ist da, wo Menschen zusammenkommen, wo Menschen füreinander da sind, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen. Das ist für mich Familie. Ganz egal, ob Mann und Frau, zwei Frauen, zwei Männer oder sich als divers identifizierende Menschen zusammenkommen; all diese Menschen haben das Recht auf ein glückliches Familienleben ganz nach dem Motto: Leben und leben lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Oft kommt in glücklichen Partnerschaften dann auch der Wunsch nach einem Kind auf. Ob man es nun formuliert wie in unserer Bayerischen Verfassung – "Kinder sind das köstlichste Gut eines Volkes." – oder ganz simpel – Kinder sind ein Glück für eine Familie –: Der Staat tut gut daran, den Kinderwunsch da zu fördern, wo er sich nicht von allein verwirklichen lässt; und der Freistaat macht das im Moment mit einer entsprechenden Förderrichtlinie. Diese Förderung ist aber auf heterosexuelle Paare beschränkt.

Die Regierung aus CSU und FREIEN WÄHLERN, die sich zu Beginn der Legislatur selbst als Familienkoalition ausgerufen hat, offenbart bei der Förderung des Kinderwunsches ein angestaubtes Familienbild. Nicht da, wo Menschen zusammenkommen und füreinander Verantwortung übernehmen, sehen sie Familie, sondern nur da, wo Frau und Mann zusammenkommen.

Über 100.000 lesbische Paare leben in Deutschland, 54.000 davon in einer Ehe. In Rheinland-Pfalz und in Berlin können sich diese Paare auf eine Unterstützung bei der Erfüllung ihres Kinderwunschs freuen. Rheinland-Pfalz und Berlin schaffen das, Bayern nicht. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie: Geben Sie sich einen Ruck! Stimmen Sie mit uns, und verhelfen Sie noch mehr Familien in Bayern zu ihrem Wunschkind und zu einem glücklichen Familienleben!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auf Bundesebene verhandeln wir gerade eine neue Koalition, eine Koalition, die vor allem auch gesellschaftlich einen Aufbruch wagen will. Wir werden die Rechte und Möglichkeiten von LGBTIQ konsequent stärken, weil wir überzeugt sind, dass alle Menschen in Deutschland ein glückliches Leben und Familienleben verdient haben. Bleiben wir in Bayern nicht im letzten Jahrhundert zurück, sondern wagen wir gemeinsam einen Schritt nach vorn, einen Schritt nach vorn in ein Bayern, in dem sich noch mehr Menschen den Kinderwunsch und den Wunsch nach einem glücklichen Familienleben erfüllen können!

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Herr Siekmann, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. – Es gibt noch eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vom Abgeordneten und Fraktionsvorsitzenden Ulrich Singer von der AfD-Fraktion.

**Ulrich Singer (AfD):** Herr Kollege Siekmann, vielen Dank für die Möglichkeit für eine Zwischenfrage. – Erklären Sie mir bitte den Unterschied: Ein heterosexuelles Paar be-

kommt momentan keine Förderung, weil der Mann zum Beispiel keine Spermien produziert. Dann bekommt diese Familie keine Förderung; das geht nicht. Aber bei einem lesbischen Paar, bei dem ja auch keine Spermien produziert werden können, da soll auf einmal eine Förderung geschaffen werden. Das ist doch eine Diskriminierung von heterosexuellen Paaren. Diesen Unterschied müssten Sie uns erläutern, weil dieser Antrag ansonsten natürlich ganz klar abzulehnen ist.

(Beifall bei der AfD)

**Florian Siekmann (GRÜNE):** Herr Singer, ich denke, es ist in meiner Rede sehr zum Ausdruck gekommen, was ich mir wünsche, dass nämlich alle Familien in Zukunft die Möglichkeit haben, sich ihren Kinderwunsch zu erfüllen. Mit dem Antrag gehen wir den einen Schritt, der rechtlich gerade in jedem Fall zulässig ist, nämlich lesbischen Paaren die Insemination zu ermöglichen. Genau das wollen wir unter den aktuellen rechtlichen Bedingungen mit diesem Antrag erreichen.

(Zuruf)

Genau diese Möglichkeit hätte der Freistaat auch, was heterosexuelle Paare an dieser Stelle betrifft. Das wollen wir hier umsetzen, und ich verspreche Ihnen, wir machen uns im Bund auf den Weg, um noch viel mehr rechtliche Möglichkeiten zu eröffnen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Lachen – Zuruf: Wir machen uns im Bund auf den Weg!)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Vielen Dank an die Offizianten, die nach wie vor immer für die Hygiene hier sorgen.

(Allgemeiner Beifall)

Nächste Rednerin ist die Kollegin Petra Högl von der CSU-Fraktion.

**Petra Högl (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Für viele Menschen ist es wahrscheinlich das größte Glück im Leben, das sie sich vor-

stellen können, Kinder zu bekommen. Ich kann es Ihnen bestätigen; denn mein Mann und ich sind glücklich, dass wir viermal das Glück hatten.

(Beifall eines Abgeordneten der CSU)

Das Neugeborene im Arm zu halten, als Eltern Verantwortung für das Kind zu übernehmen und als Familie gemeinsam durchs Leben zu gehen, das ist etwas Wunderbares.

(Beifall eines Abgeordneten der CSU)

In der Verfassung des Freistaats Bayern heißt es hierzu in Artikel 125 Absatz 1 Satz 1: "Kinder sind das köstlichste Gut eines Volkes." – Das Glück, auf natürlichem Wege Mutter und Vater zu werden, bleibt jedoch vielen Menschen im Land verwehrt. Wie viele davon betroffen sind, ist nicht genau bekannt. Das Bundesfamilienministerium geht davon aus, dass fast jedes zehnte Paar zwischen 25 und 59 Jahren ungewollt kinderlos ist.

Auch aus diesem Grund haben wir im Bayerischen Landtag Ende 2019 beschlossen zu handeln. Der Freistaat ist vergangenes Jahr als eines von inzwischen elf Bundesländern der Bundesinitiative "Hilfe und Unterstützung bei ungewollter Kinderlosigkeit" des Bundesfamilienministeriums beigetreten und hat ein eigenes, über den Bund mitfinanziertes Förderprogramm zur Kinderwunschbehandlung aufgelegt. Politischer Ausgangspunkt des gemeinsamen Förderprogramms von Bund und Land waren dabei die Leistungskürzungen der gesetzlichen Krankenversicherungen im Jahr 2004. Diese Kürzungen sollen durch das Förderprogramm abgedeckt werden. Mein Dank gilt hier in besonderem Maße dem Vorsitzenden des Gesundheitsausschusses, unserem Kollegen Bernhard Seidenath, der maßgeblich daran Anteil hatte und sich seit Langem für dieses Anliegen einbringt.

(Beifall bei der CSU)

Ebenso danke ich allen anderen Kolleginnen und Kollegen, die sich für diese Sache starkgemacht haben.

(Zuruf)

Aber was bedeutet das nun konkret? – Wie in vielen weiteren Bundesländern gewährt der Bund im Zuge dieser Initiative gemeinsam mit dem jeweiligen Bundesland heterosexuellen Paaren, die sich zur Erfüllung ihres Kinderwunsches einer entsprechenden Behandlung unterziehen müssen, einen Behandlungskostenzuschuss in Höhe von bis zu 50 % des verbleibenden Eigenanteils. Seit dem 1. November 2020 werden im Freistaat Bayern nun Ehepaare und Paare, die in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft leben, mit dem Landesförderprogramm zur Kinderwunschbehandlung entlastet.

Gefördert werden dabei die Kosten von Kinderwunschbehandlungen nach Art der In-vitro-Fertilisation – IVF genannt – und der Intrazytoplasmatischen Spermieninjektion – ICSI genannt – für den ersten bis vierten Behandlungszyklus. Geregelt ist dies in der Richtlinie des Staatsministeriums für Soziales zur Förderung von Kinderwunschbehandlungen. Der Zuschuss beträgt bei der ersten bis dritten Behandlung bis circa 800 Euro bei der IVF bzw. 900 Euro bei der ICSI und bei der vierten Behandlung bis zu 1.600 Euro bei der IVF und circa 1.800 Euro bei der ICSI. Als Voraussetzung für den Zuschuss bzw. die Kostenübernahme ist in der Landesförderrichtlinie ebenso wie in der Bundesförderrichtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen der assistierten Reproduktion sowie in den gesetzlichen Regelungen im Fünften Sozialgesetzbuch als Voraussetzung für die Kostenübernahme von Kinderwunschbehandlungen seitens der gesetzlichen Krankenversicherung unter anderem festgelegt, dass es sich um eigene Ei- und Samenzellen des antragstellenden Paares handeln muss. Weder bei einem gleichgeschlechtlichen Paar noch bei einem heterosexuellen Paar, das zum Beispiel auf eine Samenspende angewiesen ist, ist diese Voraussetzung erfüllt. Das bayerische Förderprogramm differenziert somit nicht zwischen gleichgeschlechtlichen Paaren und heterosexuellen Paaren.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, der Antrag der GRÜNEN verkennt, dass eine Benachteiligung lesbischer Paare, die beseitigt werden müsste, damit nicht vorliegt; denn die Interessenlage ist schlichtweg nicht vergleichbar. Auch folgt der Freistaat hier nur den Vorgaben der Bundesförderrichtlinie, wie es genauso auch in vielen weiteren Bundesländern gehandhabt wird, die an dieser Initiative teilnehmen, um Hilfe und Unterstützung bei ungewollter Kinderlosigkeit zu leisten.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN, fragen Sie doch einmal bei Ihren grünen Parteifreunden im Landtag in Baden-Württemberg nach, bevor Sie hier die Bayerische Staatsregierung anprangern! Sie nehmen bis heute nicht an der Bundesinitiative teil, um das hier einmal klar zu sagen.

(Beifall bei der CSU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, in Bayern haben wir gehandelt. In manch anderen Bundesländern wird nicht gehandelt. Seit gut einem Jahr gibt es das vom Bund mitfinanzierte Landesförderprogramm zur Kinderwunschbehandlung. Die Förderung wird rege in Anspruch genommen. Bis heute wurden circa 6.500 Anträge bewilligt. Den Vorwurf der Diskriminierung weisen wir auf das Schärfste zurück.

Wir lehnen den Antrag ab.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Danke schön. Bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. – Es gibt eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Plenk. Bitte schön, Herr Plenk.

**Markus Plenk (fraktionslos):** Frau Högl, vielen Dank für Ihre Nachhilfestunde für die GRÜNEN, was Biologie angeht. Selbstverständlich ist es so, dass bezahlte Kinderwunschbehandlungen in der entsprechend beantragten Form auch eine Liberalisierung bedeuten würden. Man müsste dann auch Leihmutterchaften, Eizellspenden und Spermaspenden zulassen.

Eine konkrete Frage an die CSU: Sie haben das ICSI-Verfahren erwähnt. Es gibt auch ein moderneres, zielführenderes Verfahren – IMSI, das beispielsweise in Österreich zugelassen ist. Das sind morphologisch selektierte Spermieninjektionen. Warum haben Sie sich in der Vergangenheit als CSU gegen eine solche Methode ausgesprochen?

**Petra Högl (CSU):** Herr Plenk, vielen Dank für die Nachfrage, aber ich muss Ihnen ehrlich gestehen, das kann ich Ihnen jetzt nicht beantworten. Wir sind für die In-vitro-Fertilisation und für ICSI. Das steht so im Förderprogramm. Ich denke, das wird auch so in der Bundesförderrichtlinie stehen. Dies haben wir in unsere Landesförderrichtlinie aufgenommen.

(Beifall bei der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Danke. – Es gibt eine weitere Zwischenbemerkung der Kollegin Kerstin Celina von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Kerstin Celina (GRÜNE):** Liebe Kollegin, es ist doch faktisch ein Unterschied, ob ein heterosexuelles Paar oder ein lesbisches bzw. homosexuelles Paar Kinder möchte und die Kinderwunschbehandlung bezahlt bekommen möchte. Warum sagen Sie, die Voraussetzungen seien für alle gleich? Sie sind nicht für alle gleich. Die Kinderwunschbehandlung ist unterschiedlich, je nachdem, in welcher Konstellation man sie antritt. Dieses Problem haben Sie bisher nicht gelöst.

**Petra Högl (CSU):** Werte Kollegin, ich habe vorhin ausgeführt und Ihnen, glaube ich, sehr deutlich gesagt: Die Förderrichtlinie ist so gestaltet, dass heterosexuelle Paare auch nur eine Förderung bekommen, wenn sie eine eigene Samen- und Eizelle verwenden. Wenn sie zum Beispiel auf Samenspenden angewiesen sind, gibt es keine Förderung. Somit werden heterosexuelle Paare genauso wie gleichgeschlechtliche Paare behandelt. Hier gibt es keine Benachteiligung. Übrigens ist dies auch in der Bundesförderrichtlinie so vorgesehen. Vielleicht sollten Sie wirklich noch einmal nach Baden-Württemberg blicken und dort Ihre Kollegen von den GRÜNEN ein bisschen

auf Vordermann bringen, dann müssen Sie im Bayerischen Landtag nicht solche Anträge stellen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Danke schön. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Ulrich Singer von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

**Ulrich Singer (AfD):** Sehr geehrtes Präsidium, geschätzte Kollegen! Einer der Gründe, warum in unserem Land so vieles im Argen liegt, ist die Entfremdung und Entfernung von der Natur. Ideologie wird inzwischen in allen Lebensbereichen und auch hier über die natürlichen Gegebenheiten, über die natürliche Vernunft und über die göttliche Schöpfungsordnung gestellt.

(Zuruf)

Dies zeigt sich tatsächlich in allen Bereichen, zum Beispiel auch bei der Subvention von Windrädern in früher unberührten bayerischen Wäldern,

(Zuruf)

die es tatsächlich wagen, stillzustehen, weil dort trotz hoher Subventionen einfach kein Wind wehen möchte. Dies zeigt sich auch, wenn verwirrte Ideologen

(Zuruf)

das Ende der polaren Geschlechtlichkeit von Mann und Frau verkünden und behaupten, es gäbe unzählige verschiedene Geschlechter.

Natürlich, geschätzte Kollegen, gibt es neben der klassischen heterosexuellen Familie von Vater, Mutter und möglichst vielen Kindern viele andere Formen des Zusammenlebens. Wenn zwei Frauen sich lieben und beschließen, eine Familie mit Kindern zu gründen, so haben sie in unserem freien Land zum Glück das Recht, dies auch umzu-

setzen. Diese Kinder sind Wunschkinder, und wenn die lesbischen Eltern auch noch darauf achten, dass ihre Kinder in gutem Kontakt auch zu Vaterfiguren, zu Männern leben, dann haben sie auch eine Chance auf eine gesunde Entwicklung.

Doch eines, geschätzte Kollegen, sollte klar sein: Bei aller ideologischen Verblendung sind wir Menschen doch keine wirbellosen Schnecken, die sich selbst befruchten können. Zur Zeugung eines Kindes braucht es noch immer Mann und Frau.

(Beifall bei der AfD)

Daran kommen selbst grün-bunte Ideologen nicht vorbei. Die meisten lesbischen Frauen greifen deshalb auf die bewährte Bechermethode zurück und suchen sich auf Portalen oder im Bekanntenkreis einen Samenspender. Maßnahmen der assistierten Reproduktion werden indessen nur bei heterosexuellen Paaren gefördert, und auch nur dann, wenn die Frau nicht das vierzigste und der Mann nicht das fünfzigste Lebensjahr überschritten hat. Ein sehr wichtiger Punkt: Es dürfen dabei ausschließlich die Ei- und Samenzellen des betroffenen Paares verwendet werden. Keine Förderung gibt es, wenn zum Beispiel die Eizelle der Frau oder die Samenzellen des Mannes nicht ausreichend fruchtbar sind, dass sie für die Therapie verwendbar wären. Wenn einer der beiden über der Altersgrenze liegt, gibt es ebenfalls keine Förderung. Hier von Heteronormativität oder von Diskriminierung zu sprechen, ist für die Normalgebliebenen in diesem Land schlichtweg nicht nachvollziehbar.

(Zuruf)

Herr Kollege Siekmann, Sie wollen diese Regeln aufweichen, und zwar ausschließlich für lesbische Paare. Das ist für alle anderen diskriminierend. Das ist diskriminierend für die heterosexuellen Paare, die aufgrund der Überschreitung der Altersgrenzen oder deshalb nicht gefördert werden, weil die Samenzellen des Mannes oder die Eizelle der Frau nicht hinreichend fruchtbar sind. Das ist massiv diskriminierend, und das weisen wir zurück.

Wenn lesbische Frauen sich ohne Kontakt zu einem Mann befruchten lassen wollen, können sie das tun; aber es ist nicht Aufgabe der Gesellschaft, dafür auch noch zu bezahlen. Die Homosexuellen in Deutschland brauchen ein Deutschland, das normal ist, und ein Deutschland, in dem sie frei und sicher leben können. Sie brauchen aber kein Deutschland, in dem man ihnen auch noch die künstliche Befruchtung bezahlt, während sie in unseren Innenstädten von islamistischen Gangs bespuckt und geschlagen werden.

(Beifall bei der AfD)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Gabi Schmidt von der Fraktion der FREIEN WÄHLER. Frau Schmidt, Sie haben das Wort.

**Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER):** Das eben war eigentlich unsäglich. Genau um 14 Uhr wurden Frauen, Homosexuelle und LGBTQ verteidigt; aber jetzt wurde bei diesem Thema nicht normal unterschieden. Sehr geehrter Herr Kollege Singer, ich bin mir sehr wohl bewusst, dass dieses Thema das nicht verdient hat. Deshalb und weil das immer wieder erschreckend ist, möchte ich darauf jetzt gar nicht weiter eingehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich komme jetzt auf den Inhalt des Antrags zu sprechen. Dass unterschieden worden ist, war eine Empfehlung des Deutschen Ethikrats. Es war von Ei- und Samenzellen die Rede. Natürlich werden damit viele in ihrem Kinderwunsch diskriminiert, weil man das in Deutschland so geregelt hat. Es ist Jahre her, dass man diesen Weg gegangen ist.

Lieber Florian, man muss aber einmal überlegen, warum man das so entschieden hat. Man befürchtete damals, dass illegale Samen- und Eizellspenden aus dem Ausland kämen und sich daraus ein Geschäftsmodell entwickeln könnte. Das ist aber Jahre her. Ich möchte nach dieser unsäglichem Rede meines Vorredners gar nicht mehr viel dazu sagen. Das ist im Sozialgesetzbuch V geregelt.

Machen wir doch einmal Butter bei die Fische! Wir stehen vor einer Ampelkoalition. Wenn es jemand ändern kann, dann ändert es doch bitte in Berlin und nicht in diesem Landtag. Weder von meiner Kollegin Högl noch von uns werdet ihr hören, dass wir uns dem verschließen, wenn sich an diesem Programm etwas verändern sollte. Wir sind offen für jede Diskussion. Aktuell gibt es aber noch die Vorgabe auf Bundesebene.

Im Moment ist es ein grausamer Weg für alle, die sich Kinder wünschen. Ich möchte nicht zwischen Hetero- und Homosexuellen unterscheiden. Das ist ein langer und sehr harter Weg. Man kann sich gar nicht vorstellen, was die Familien mitmachen und wie groß der psychische Druck ist, der auf ihnen lastet.

Wir müssten noch etwas bedenken, was die Kollegin Petra Högl vorhin nicht erwähnt hat: Man sagt sogar, dass die Anzahl der ungewollt Kinderlosen immer noch ansteigt. Diese Zahl wird immer größer. Wir müssen für jede Familie da sein, die sich Kinder wünscht. Ich denke, wir können in diese Richtung Schritte gehen; aber jetzt mit der Vorgabe auf Bundesebene geht es nicht. Darauf möchte ich gar nicht weiter eingehen.

Ich denke, wir werden in dieser Richtung eine gemeinsame Lösung suchen. Im Moment wird in Bayern aber niemand diskriminiert, wirklich niemand, weil vorgegeben ist: Ei- und Samenzellen.

Wir müssten es schaffen, dass alle Bundesländer diesen Schritt mitgehen. Bayern war von Anfang an mit dabei. Ich denke, unsere und eure Motivation sollte darauf gerichtet sein, jedes Bundesland dafür zu gewinnen. Das würde mich vor allem freuen.

Wir lehnen diesen Antrag ab, weil wir keine Diskriminierung sehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Frau Schmidt, danke schön. – Es gibt zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung. Zuerst hat sich die Abgeordnete Kerstin Celine von den GRÜNEN zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

**Kerstin Celina (GRÜNE):** Liebe Kollegin, ich möchte den Satz aufgreifen, dass Sie nicht zwischen heterosexuellen und homosexuellen Paaren unterscheiden möchten. Genau das möchte ich auch nicht. Genau deswegen haben wir diesen Antrag gestellt. Es wird sehr wohl unterschieden! Es ist nicht für alle gleich und diskriminierungsfrei, weil ein homosexuelles Paar nun mal keine eigene Eizelle liefern kann. Das ist biologisch einfach unmöglich. – Wenn man etwas als unrichtig erkennt, dann kann man auch anfangen, das in Bayern zu ändern.

Als letzter Punkt noch: Wenn man zu einem Zeitpunkt in der Entstehungsgeschichte der Meinung war, dass man damit ein illegales oder kriminelles Geschäftsmodell fördern könnte, dann ist das doch kein Grund, eine normale homosexuelle Partnerschaft nach wie vor zu diskriminieren und zu benachteiligen. Deswegen könnten wir auch in Bayern anfangen, etwas zu dagegen zu tun. – Abgesehen davon bin ich mir sicher, dass wir auf Bundesebene in dieser Richtung einige alte Zöpfe abschneiden werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER):** Ich freue mich über die letzte Bemerkung.

Zur zweiten Bemerkung: Nein, es gibt auch heterosexuelle Paare, bei denen ein Partner keine Eizelle bildet oder der zweite Partner nicht zur Samenspende fähig ist. Bei ihnen gibt es genau die gleichen Ungleichbehandlungen.

Wie war der dritte Punkt? – Es gibt eine Vorgabe im Sozialgesetzbuch. Wir sollten es auf Bundesebene ändern, und dann reden wir weiter. Wir sollten das gemeinsam tun, aber bitte ohne die AfD.

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Danke schön. – Wir haben eine zweite Meldung zu einer Zwischenbemerkung. Herr Abgeordneter Swoboda, bitte schön.

**Raimund Swoboda (fraktionslos):** Sehr geehrte Frau Schmidt, Sie haben uns das sehr schön dargestellt. Man kann Ihnen in weiten Strecken folgen. Sie unterscheiden nicht zwischen eigenen und fremden Kindern. Das tut das Gesetz auf Bundesebene

und auch in Bayern eigentlich nicht; denn sowohl die eigenen Kinder als auch die nach Abstammung und Blut fremden Kinder werden vom Staat gefördert. Das geschieht zum Beispiel im Erbrecht nach einer Adoption, aber auch im Sozialrecht.

Möchten Sie wirklich von "Kindern" sprechen, die noch gar nicht geboren wurden? Haben die Ihrer Meinung nach auch schon Rechte, wenn sie auch nur in der Fantasie von irgendwelchen Menschen existieren, die vielleicht ein berechtigtes Interesse haben, diese Fantasie ausleben zu wollen? Oder unterscheiden Sie gar nicht zwischen fremden ungeborenen Kindern und fremden bereits geborenen Kindern?

**Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER):** Herr Swoboda, ich unterscheide tatsächlich nicht. Ich unterscheide zwischen Ihren schmutzigen Fantasien und unserer sachlichen Diskussion.

(Heiterkeit – Beifall)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Danke schön. – Die nächste Rednerin ist die Kollegin Doris Rauscher für die SPD-Fraktion.

**Doris Rauscher (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Ministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach Angaben des Bundesfamilienministeriums ist in Deutschland fast jedes zehnte Paar zwischen 25 und 59 Jahren ungewollt kinderlos. Das sind aktuelle Zahlen. Viele von ihnen schlagen nach vielen erfolglosen Versuchen den Weg der künstlichen Befruchtung ein. Das ist ein oftmals nicht nur psychisch und physisch belastender, sondern auch ein sehr teurer Weg.

Überall sieht man Babys und glückliche Eltern. Nur bei einem selbst will es nicht wirklich gelingen. Es ist gut, dass es seitens des Bundesfamilienministeriums ein Unterstützungsprogramm gibt und sich Bayern nach jahrelanger Diskussion endlich diesem Programm angeschlossen hat. Kollegin Schmidt, Bayern war hier nicht Vorreiter; wir waren Nachzügler! Das Programm besteht nämlich seit 2012. Bayern – das ist keine Glanzleistung – ist erst 2020 beigetreten.

Nur so können endlich finanzielle Hilfen in dieser oftmals sehr schwierigen Situation überhaupt an Paare in Bayern fließen; denn Voraussetzung war eben die Mitfinanzierung durch das Land. Wie gesagt, das war ein langer Prozess.

Für Mitglieder meiner eigenen Familie kam diese bayerische Entscheidung 2020 zu spät. Die beiden Mädchen, die inzwischen drei und fünf Jahre alt sind, konnten nur mit großem finanziellen Zusammenhalt der ganzen Familie geboren werden.

Bei allen positiven Entwicklungen wurde aber leider ein Teil der Paare – und deswegen diskutieren wir hier vor allem – bei diesem Kinderwunsch vergessen. Lesbische Paare können bislang keinen Zuschuss für ihre Behandlung erhalten, obwohl ihnen keine andere Möglichkeit offensteht, ein leibliches Kind auf die Welt zu bringen. Sie müssen den teuren Weg der künstlichen Befruchtung immer gehen.

Wie bei heterosexuellen Paaren kann das auch bei homosexuellen Paaren sehr belastend sein. Wie schmerzlich muss es sein, in einer solchen Situation auch noch ausgegrenzt zu werden? So empfinde ich es. Zu wissen, dass andere Paare bei diesen Belastungen zumindest bei der Finanzierung eine Entlastung bekommen, während man selbst keine erfährt, und zwar nur deswegen, weil man "den falschen Menschen" liebt, ist sehr schmerzlich.

Kollegin Högl, es hilft nicht, dass – wie Sie im Ausschuss erklärt hatten – nur dann gefördert wird, wenn die eigene Ei- oder Samenzelle verwendet wird. Es liegt nun mal in der Natur der Sache, dass das bei einem lesbischen Paar nicht möglich ist. Wie sollen sie die aktuellen Voraussetzungen für den Zuschuss denn jemals erfüllen können? – Das ist schlicht nicht möglich, weshalb sie durch das Raster fallen.

Letztlich ist das unfair und muss geändert werden, auf Bundesebene, wo die damalige Familienministerin – vielleicht erinnern Sie sich – Kristina Schröder explizit heterosexuelle Paare festschreiben ließ, aber auch auf Landesebene; hier kann Bayern eigentlich mit gutem Beispiel vorangehen. Kollegin Schmidt, Ohren gespitzt: Es ist doch möglich, auf Landesebene eigene Regeln zu schaffen; wir sind nicht von der Bundes-

gesetzgebung abhängig. Rheinland-Pfalz hat sich zum Beispiel auch der Bundesratsinitiative angeschlossen, allerdings mit dem Zusatz, auch lesbische Paare in die Förderung aufzunehmen. Bezahlt wird das Ganze dann aus Landesmitteln; es geht also durchaus. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.

Es kann nicht sein, dass der Kinderwunsch heterosexueller Paare durch eine staatliche Finanzierung unterstützt wird, der Kinderwunsch lesbischer Paare schlichtweg aber mit keinem einzigen Cent. Jedes Kind ist ein Geschenk; ich denke, da sind wir uns einig. Familie ist, wo geliebt und Verantwortung übernommen wird, also auch in homosexuellen Beziehungen.

(Beifall bei der SPD)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Danke schön. – Der nächste Redner ist der Kollege Sebastian Körber von der FDP-Fraktion. Herr Körber, Sie haben das Wort.

**Sebastian Körber (FDP):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man dem Kollegen von der AfD-Fraktion zugehört hat, kann man sich nur schämen. Das sollten insbesondere Sie tun: Wenn die Kollegin Schmidt hier um Worte ringt, besitzen Sie wirklich die Frechheit, ihr noch hinterher zu lachen. Das unterscheidet Sie selbst in dieser Sache diametral von den Kollegen der FREIEN WÄHLER und der CSU, die gesprächsbereit sind und Argumente vorbringen. Sie versuchen, ein Weltbild darzulegen, und sprechen allen Ernstes von – ich zitiere – normal gebliebenen Menschen. Wollen Sie wirklich damit sagen, ich oder der Kollege Siekmann wären nicht normal geblieben? Was ist das für eine Frechheit, die Sie hier an den Tag legen?

(Beifall)

Mehr sollte man zu Ihnen auch gar nicht sagen. Es geht um ungewollte Kinderlosigkeit, bei der es sich nicht nur um ein gesellschaftliches Problem, sondern auch um etwas handelt, was für die Betroffenen massiv belastend sein kann. Vielleicht unterhalten Sie sich auch einmal mit Menschen, die das Ganze betrifft.

Ich freue mich daher, dass sich CSU und FREIE WÄHLER seinerzeit einem Antrag der FDP-Fraktion angeschlossen haben. Er wurde eingebracht von unserem Fraktionsvorsitzenden Martin Hagen; Kollegin Högl, so viel sollte man schon zur Wahrheit sagen: Es war ein FDP-Antrag. Ich lege schon Wert darauf, dass es eine Initiative der FDP war.

Frau Kollegin Högl, Sie haben davon gesprochen, dass es auf die Interessenlage ankommt. Diese Wortwahl finde ich für das Familienbild nicht angemessen; darüber könnte man vielleicht noch einmal nachdenken. Wir freuen uns, dass Sie Mitantragsteller sind; damit hat die FDP schon einiges erreicht. Die Kollegen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben zugestimmt.

Mit diesem Förderprogramm ist ein finanzieller Zuschuss für den Zugang zur Reproduktionsmedizin möglich, aber wir müssen schon feststellen, dass es hier um Kinder, um den Wunsch geht, ein Kind zu bekommen, und damit um Wunschkind. Dabei gibt es überhaupt keinen Unterschied, wer sich ein Kind wünscht; da sind nämlich alle Menschen gleich. Es ist doch eine sehr gute Voraussetzung für den Start ins Leben, wenn sich jeder ein Kind wünschen kann und wenn das auch umgesetzt und gefördert werden kann; denn es darf sich bitte nicht um ein Privileg handeln, ein Kind zu bekommen, wenn man sich eines wünscht.

Wir haben bei der Initiative bisher den Fokus auf heterosexuelle Paare gelegt, was ein bisschen von einem antiquierten Weltbild zeugt. Die Kollegin Schmidt hat schon angesprochen, dass man das eine oder andere ändern muss. Die Kollegin Rauscher hat ausgeführt, dass das bereits möglich wäre. Es darf eben keine Unterschiede geben. Es geht hier um den Kinderwunsch; das muss für Alleinstehende genauso möglich sein wie für homosexuelle Paare und für Regenbogenfamilien. Kinderwunsch bleibt Kinderwunsch. In dem Fall ist eben beantragt, das für lesbische Frauen hinzubekommen. Deswegen stimmen wir selbstverständlich sehr gerne zu.

(Beifall bei der FDP)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Danke schön, Herr Körber. – Es gibt noch eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Singer von der AfD-Fraktion. Herr Singer.

**Ulrich Singer (AfD):** Geschätzter Herr Kollege Körber, vorab: Sie haben kritisiert, dass die AfD noch lachen kann. Wir haben Spaß an der Arbeit; wir machen das hier gerne. Wir grüßen unsere Kollegen aller Parteien im Aufzug und auch im Treppenhaus; andere haben das verlernt und kein Lächeln mehr im Gesicht.

Jetzt zur eigentlichen Frage, Herr Kollege Körber. Erklären Sie uns doch mal, warum es in Ihren Augen keine Diskriminierung darstellt, dass bei einem Mann, der kein Spermium produziert, nicht gefördert wird, wohl aber bei zwei Frauen, die ebenfalls kein Spermium produzieren. Diese Art der Diskriminierung schreit uns aus dem Antrag entgegen, denn das Mindeste wäre, dass Sie gleiche Regeln für alle schaffen. Sie können nicht sagen, dass wir etwas anderes gesagt hätten: In diesem Antrag steckt eine massive Diskriminierung wie bei den meisten Sachen, die von grüner Seite kommen.

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Herr Körber, bitte schön.

**Sebastian Körber (FDP):** War es das? Sind Sie fertig? – Ich hatte gedacht, Sie entschuldigen sich zumindest noch bei mir, bei der Kollegin Schmidt, beim Kollegen Siekmann oder bei anderen; dann hätte Ihr Redebeitrag einen Sinn gehabt. Hätten Sie doch eben dem Kollegen Siekmann zugehört, der Ihnen schon Antworten gegeben hat, sodass ich inhaltlich gar nichts mehr zu erwidern brauche.

Wo und wie Sie lachen, interessiert mich ehrlich gesagt nicht.

(Zuruf)

Sie können im Treppenhaus lachen, Sie können im Keller lachen, Sie können auf dem Parkplatz lachen; das ist mir ehrlich gesagt ziemlich egal. Ich würde mich freuen, wenn Sie in diesem Hohen Haus und in meinem Ausschuss für Wohnen, Bau und Ver-

kehr inhaltliche Argumente bringen und Dinge auf den Tisch legen würden, über die wir sprechen können, anstatt immer nur zu sagen, wogegen Sie sind,

(Zuruf)

denn das entlarvt Sie. Sie werden merken: Das werden auch Ihre Wähler und in diesem Fall hoffentlich viele ehemalige Wähler entsprechend honorieren. Inhaltlich bringen Sie hier wirklich gar nichts zuwege; das ist leider sehr bedauerlich.

(Beifall – Zuruf)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wir führen die Abstimmung in namentlicher Form durch. Die Abstimmungsdauer beträgt 3 Minuten und findet mit Ihren Geräten statt. Die Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 18:07 bis 18:10 Uhr)

Gibt es noch technische Probleme? Konnten alle Abgeordneten ihre Stimme abgeben? – Dann schließe ich die Stimmabgabe. Das Ergebnis wird später bekannt gegeben.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

(...)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Ich nutze die Abstimmungszeit, um die Ergebnisse der namentlichen Abstimmung zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Förderung von Kinderwunschbehandlungen auch für Regenbogenfamilien", Drucksache 18/15937, bekannt zu geben: Mit Ja haben 54 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 85 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen: zwei. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

## Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 19.10.2021 zu Tagesordnungspunkt 14: Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tessa Ganserer u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Förderung von Kinderwunschbehandlungen auch für Regenbogenfamilien (Drucksache 18/15937)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Adelt</b> Klaus				<b>Fackler</b> Wolfgang		X	
<b>Adje</b> Benjamin	X			<b>Dr. Faltermeier</b> Hubert		X	
<b>Aigner</b> Ilse				<b>Fehlner</b> Martina	X		
<b>Aiwanger</b> Hubert				<b>Fischbach</b> Matthias	X		
<b>Arnold</b> Horst				<b>Flierl</b> Alexander		X	
<b>Aures</b> Inge	X			<b>Flisek</b> Christian			
				<b>Franke</b> Anne	X		
<b>Bachhuber</b> Martin		X		<b>Freller</b> Karl			
Prof. (Univ. Lima) <b>Dr. Bauer</b> Peter		X		<b>Friedl</b> Hans		X	
<b>Bauer</b> Volker		X		<b>Friedl</b> Patrick	X		
<b>Baumgärtner</b> Jürgen		X		<b>Fuchs</b> Barbara	X		
Prof. Dr. <b>Bausback</b> Winfried		X		<b>Füracker</b> Albert			
<b>Bayerbach</b> Markus							
<b>Becher</b> Johannes	X			<b>Ganserer</b> Tessa			
<b>Becker</b> Barbara		X		<b>Gehring</b> Thomas	X		
<b>Beißwenger</b> Eric		X		<b>Gerlach</b> Judith			
<b>Bergmüller</b> Franz	X			<b>Gibis</b> Max		X	
<b>Blume</b> Markus				<b>Glauber</b> Thorsten			
<b>Böhm</b> Martin				<b>Gotthardt</b> Tobias		X	
<b>Bozoglu</b> Cemal	X			<b>Gottstein</b> Eva			
<b>Brandl</b> Alfons		X		<b>Graupner</b> Richard		X	
<b>Brannekämper</b> Robert				<b>Grob</b> Alfred		X	
<b>Brendel-Fischer</b> Gudrun				<b>Güller</b> Harald	X		
von <b>Brunn</b> Florian				<b>Guttenberger</b> Petra			
Dr. <b>Büchler</b> Markus	X						
<b>Busch</b> Michael	X			<b>Häusler</b> Johann		X	
				<b>Hagen</b> Martin	X		
<b>Celina</b> Kerstin	X			Prof. Dr. <b>Hahn</b> Ingo		X	
Dr. <b>Cyron</b> Anne				<b>Halbleib</b> Volkmar			
				<b>Hanisch</b> Joachim		X	
<b>Deisenhofer</b> Maximilian				<b>Hartmann</b> Ludwig			
<b>Demirel</b> Gülseren	X			<b>Hauber</b> Wolfgang		X	
<b>Dorow</b> Alex		X		<b>Haubrich</b> Christina	X		
<b>Dremel</b> Holger		X		<b>Henkel</b> Uli		X	
<b>Dünkel</b> Norbert		X		<b>Herold</b> Hans		X	
<b>Duin</b> Albert	X			Dr. <b>Herrmann</b> Florian		X	
				<b>Herrmann</b> Joachim			
<b>Ebner-Steiner</b> Katrin				Dr. <b>Herz</b> Leopold		X	
<b>Eck</b> Gerhard				Dr. <b>Heubisch</b> Wolfgang			
<b>Eibl</b> Manfred		X		<b>Hierneis</b> Christian	X		
Dr. <b>Eiling-Hütig</b> Ute		X		<b>Hiersemann</b> Alexandra	X		
<b>Eisenreich</b> Georg		X		<b>Hintersberger</b> Johannes			
<b>Enders</b> Susann				<b>Högl</b> Petra		X	
<b>Enghuber</b> Matthias		X		<b>Hofmann</b> Michael		X	
				<b>Hold</b> Alexander		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Holetschek</b> Klaus			
Dr. <b>Hopp</b> Gerhard		X	
Dr. <b>Huber</b> Marcel			
Dr. <b>Huber</b> Martin		X	
<b>Huber</b> Thomas			
<b>Huml</b> Melanie			
<b>Jäckel</b> Andreas			
Dr. <b>Kaltenhauser</b> Helmut	X		
<b>Kaniber</b> Michaela			
<b>Karl</b> Annette			
<b>Kirchner</b> Sandro		X	
<b>Klingen</b> Christian		X	
<b>Knoblach</b> Paul	X		
<b>Köhler</b> Claudia	X		
<b>König</b> Alexander		X	
<b>Körber</b> Sebastian	X		
<b>Köhler</b> Jochen		X	
<b>Kohnen</b> Natascha	X		
<b>Krahl</b> Andreas	X		
<b>Kraus</b> Nikolaus		X	
<b>Kreuzer</b> Thomas		X	
<b>Kühn</b> Harald			X
<b>Kurz</b> Susanne	X		
<b>Ländner</b> Manfred			
<b>Lettenbauer</b> Eva			
<b>Löw</b> Stefan		X	
Dr. <b>Loibl</b> Petra		X	
<b>Ludwig</b> Rainer		X	
<b>Magerl</b> Roland		X	
<b>Maier</b> Christoph		X	
<b>Mang</b> Ferdinand			
<b>Mannes</b> Gerd			
<b>Markwort</b> Helmut	X		
Dr. <b>Mehring</b> Fabian		X	
Dr. <b>Merk</b> Beate		X	
<b>Miskowitsch</b> Benjamin		X	
<b>Mistol</b> Jürgen	X		
<b>Mittag</b> Martin		X	
<b>Monatzeder</b> Hep			
Dr. <b>Müller</b> Ralph			
<b>Müller</b> Ruth	X		
<b>Muthmann</b> Alexander			
<b>Nussel</b> Walter		X	
Dr. <b>Oetzinger</b> Stephan		X	
<b>Osgyan</b> Verena	X		
<b>Pargent</b> Tim	X		
Prof. Dr. <b>Piazolo</b> Michael			
<b>Pittner</b> Gerald		X	
<b>Plenk</b> Markus			X
<b>Pohl</b> Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Pschierer</b> Franz Josef		X	
<b>Radler</b> Kerstin		X	
<b>Radlmeier</b> Helmut		X	
<b>Rauscher</b> Doris	X		
<b>Regitz</b> Barbara			
<b>Reiß</b> Tobias		X	
Dr. <b>Rieger</b> Franz		X	
<b>Rinderspacher</b> Markus	X		
<b>Ritter</b> Florian			
<b>Rüth</b> Berthold		X	
Dr. <b>Runge</b> Martin			
<b>Sandt</b> Julika	X		
<b>Sauter</b> Alfred		X	
<b>Schalk</b> Andreas			
<b>Scharf</b> Ulrike			
<b>Schiffers</b> Jan			
<b>Schmid</b> Josef		X	
<b>Schmidt</b> Gabi		X	
<b>Schöffel</b> Martin		X	
<b>Schorer</b> Angelika		X	
<b>Schorer-Dremel</b> Tanja		X	
<b>Schreyer</b> Kerstin		X	
<b>Schuberl</b> Toni	X		
<b>Schuhknecht</b> Stephanie	X		
<b>Schulze</b> Katharina			
<b>Schuster</b> Stefan	X		
<b>Schwab</b> Thorsten		X	
<b>Schwamberger</b> Anna	X		
Dr. <b>Schwartz</b> Harald		X	
<b>Seidenath</b> Bernhard		X	
<b>Seidl</b> Josef			
<b>Sengl</b> Gisela	X		
<b>Sibler</b> Bernd			
<b>Siekmann</b> Florian	X		
<b>Singer</b> Ulrich		X	
<b>Skutella</b> Christoph	X		
Dr. <b>Söder</b> Markus			
<b>Sowa</b> Ursula	X		
Dr. <b>Spaenle</b> Ludwig			
Dr. <b>Spitzer</b> Dominik	X		
<b>Stachowitz</b> Diana	X		
<b>Stadler</b> Ralf		X	
<b>Steinberger</b> Rosi	X		
<b>Steiner</b> Klaus			
<b>Stierstorfer</b> Sylvia		X	
<b>Stöttner</b> Klaus			
<b>Stolz</b> Anna			
<b>Straub</b> Karl		X	
<b>Streibl</b> Florian		X	
Dr. <b>Strohmayr</b> Simone	X		
<b>Stümpfig</b> Martin	X		
<b>Swoboda</b> Raimund		X	
<b>Tasdelen</b> Arif	X		
<b>Taubeneder</b> Walter			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Tomaschko</b> Peter		X	
<b>Trautner</b> Carolina		X	
<b>Triebel</b> Gabriele			
<b>Urban</b> Hans			
<b>Vogel</b> Steffen		X	
<b>Wagle</b> Martin		X	
<b>Waldmann</b> Ruth	X		
Prof. Dr. <b>Waschler</b> Gerhard		X	
<b>Weidenbusch</b> Ernst		X	
Dr. <b>Weigand</b> Sabine	X		
<b>Weigert</b> Roland			
<b>Widmann</b> Jutta		X	
<b>Wild</b> Margit	X		
<b>Winhart</b> Andreas			
<b>Winter</b> Georg		X	
<b>Zellmeier</b> Josef			
<b>Zierer</b> Benno			
<b>Zwanziger</b> Christian	X		
<b>Gesamtsumme</b>	54	85	2